

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM., einschließlich Abzug. Die Wilsdruffer Tageszeitung wird als Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend herausgegeben.

Anzeigenpreis: Die 8 spalten breite Normalzeile 25 Rpf., die 4 spalten breite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Reichspfennig, die 3 spalten breite Normalzeile im restlichen Teile 1 Reichspfennig. Kleinanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10 Uhr.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 59 — 89. Jahrgang     Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“     Wilsdruff-Dresden     Postfach: Dresden 2640     Dienstag, den 11. März 1930

## Weimarer Koalition im Reich?

### Sin und her.

Obwohl die Parteien der bisherigen Regierungskoalition auch noch den Sonntag zu Hilfe genommen haben, um am Verhandlungstisch so etwas zustande zu bringen, was wie eine Einigung aussieht, hat auch das nichts genützt. Und es heißt schon längst nicht mehr ein Geheimnis ausplaudern, wenn man nüchtern feststellt, daß es im Gebälk der Großen Koalition knisternd und bröckelt. Nachgeben will keine der in ihr zusammengesetzten Parteien. Um von rechts anzufangen: Die Deutsche Volkspartei besteht auf dem Versprechen der Steuererleichterung mindestens für 1931, ferner einer endlichen Sanierung und finanziellen Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung, bekämpft außerdem mehrere Punkte im Finanzprogramm Dr. Woltenhauer und will erst recht nichts davon wissen, daß sich Zentrum und Demokratische Partei bei der zweiten Lesung des Neuen Planes der Stimme enthalten wollen, wenn vorher eine Einigung über die Grundlinien des Finanzprogramms nicht zustande gekommen ist. Aber auch dieser Druck hat die Deutsche Volkspartei nicht umstimmen können, auch nicht den Hinweis darauf, daß doch Dr. Moldenhauer prominentes Mitglied dieser Partei ist. Und schließlich ist in den Reihen der Deutschen Volkspartei auch eine ziemlich scharfe Kritik an Einzelheiten der Liquidationsabkommen laut geworden.

Mit nicht minder großer Entschiedenheit hält die Sozialdemokratie an der Ablehnung jener beiden Forderungen der Deutschen Volkspartei fest. Daß auch die Linke mit Einzelheiten des Finanzprogramms recht wenig einverstanden ist, weiß man längst. Vor allem aber wehrt sie sich nach wie vor gegen den Standpunkt des Zentrums, die Stimmgabe über den Neuen Plan abhängig zu machen von der vorhergehenden Finanz- und steuerpolitischen Einigung. Daran hält aber das Zentrum vorläufig noch fest. Und um die Vertvrrung sozusagen zu vollenden, projektiert die Bayerische Volkspartei gegen die Biersteuererhöhung und greift auf den früheren Vorschlag Dr. Moldenhauers zurück, die Umsatzsteuer heraufzusetzen.

So ungefähr sieht die parlamentarische Lage zu Beginn der Woche aus, die vor allem über das Scheitern des Neuen Planes die Entscheidung bringen soll und an deren erstem Tage offiziell mitgeteilt wurde, daß die Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien ergebnislos verlaufen sind, nach verhältnismäßig kurzer Dauer abgebrochen wurden. Nun haben aber bereits Verhandlungen zwischen Vertretern der Parteien von der Sozialdemokratie bis herüber zur Bayerischen Volkspartei stattgefunden — also ohne Zuziehung der Deutschen Volkspartei — mit dem Ziel, ein Finanzprogramm aufzustellen, das von dieser „Weimarer Koalition“ angenommen werden soll. Also gegen die Absichten und Vorschläge der Deutschen Volkspartei! Mit 255 Mitgliedern haben die vier in Frage kommenden Fraktionen an und für sich eine, wenn auch kleine Mehrheit des Reichstages, der genau 490 Abgeordnete zählt. Inmitten will man die neuen Steuervorschläge auch der Deutschen Volkspartei vorlegen, die aber dann wohl nur noch ein direktes Ja oder Nein zu äußern hätte. Angesichts der bisherigen Entwicklung muß man aber annehmen, daß dort die Ablehnung der neuen Vorschläge erfolgt, — und damit wäre auch offiziell das Ende der Großen Koalition gekommen, deren Lebenszeit in wechselnder Gestalt zwei Jahre umfaßt. Die weitere, heute auch noch nicht zu beantwortende Frage ist, ob eine derartige Änderung der innenpolitischen Konstellation auch auf die Zusammensetzung des Reichskabinetts zurückwirken, also etwa zum Rücktritt der beiden volksparteilichen Minister Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer führen wird.

Aber vorläufig — um ein leider nur allzu wahres Wort anzurufen — ist „alles in der Schwebe“, ein Zustand, in dem sich die Dinge bereits seit Wochen befinden. Die kleine Mehrheit, über die die „Weimarer Koalition“ verfügen würde, ist allen Geiseln des Jutalls ausgeliefert. Infolgedessen muntert man nun davon, daß der berühmte § 48 der Reichsverfassung, also das Verordnungsrecht des Reichspräsidenten, das Mittel abgeben soll, um das Finanzprogramm der neuen Regierungskoalition durchzuführen. Allerdings dürfte die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Maßnahme arg umstritten sein; aber ein Ermächtigungsgesetz, wie es 1923 dem damaligen Reichkanzler Dr. Luther bewilligt wurde, würde im Reichstag jetzt nicht die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit finden.

So stellt sich am Montag die parlamentarische Lage dar und gar nicht zu übersehen, geschweige denn zu prophezeien ist, wie und ob sie sich entwirren läßt. Entwirden nämlich nicht für ein paar Tage, während deren etwa der Young-Plan zur entscheidenden Abstimmung gebracht wird, sondern für eine längere Zeit. Denn schließlich will auch das deutsche Volk nun endlich bald erfahren, woran es ist, nicht bloß mit dem Neuen Plan, sondern nicht minder über die Lasten, die neu auf die Schultern der Steuerzahler gelegt werden.

## Neue Finanzverhandlungen.

Ohne die Deutsche Volkspartei.

Reichkanzler Müller wurde am Montag vom Reichspräsidenten zum Vortrag über die politische Lage empfangen. Der Reichkanzler berichtete hierbei dem Reichspräsidenten, daß die Aussprache der Regierungsparteien ergebnislos war und daß der Versuch, die Große Koalition in den Steuerfragen zusammenzubringen, gescheitert ist. Das Hauptgewicht der Versuche, eine parlamentarische Mehrheit für ein Finanzprogramm zu gewinnen, liegt jetzt bei den Verhandlungen, die zwischen den Führern der Weimarer Koalition, also Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei aufgenommen wurden. Dieses Finanzprogramm soll der Deutschen Volkspartei zur Annahme vorgelegt werden, die indessen kaum ihre Zustimmung geben dürfte, so daß damit der offene Bruch der Großen Koalition da wäre. Dem Vernehmen nach soll der Reichspräsident dem Reichkanzler auch die Ermächtigung zur Reichstagsauslösung gegeben haben, falls der Reichstag nach Annahme der Young-Gesetze dem Finanzplan der Regierung nicht zustimmen sollte.

## Das Finanzprogramm der Weimarer Koalition

Berlin, 10. März. Die Verhandlungen der Vertreter der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei dauerten bis 11 1/2 Uhr nachts. Über ihr Ergebnis wird auf Grund einer Vereinbarung der Parteien zunächst Stillschweigen bewahrt, doch wird mitgeteilt, daß die Besprechungen einen befriedigenden Verlauf genommen hätten. Am Dienstag vormittag sollen die Fraktionen über das Verhandlungsergebnis unterrichtet werden. Es wird da-

## Das polnische Liquidationsabkommen

### Die wirtschaftliche Not im Osten.

Curtius über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag.

„Ich vertrete die Wahrheit“, rief der Reichsaußenminister Dr. Curtius im Reichstage aus, als er nach einmal dem Versuch unternahm, die Opposition der rechten Seite gegen Young-Gesetze und Liquidationsabkommen mit Polen zu beschwichtigen. Er gab zu, sowohl die Haager Abmachungen wie der deutsch-polnische Vertrag seien nicht in jeder Beziehung ideal, aber sie stellten das dar, was in der heutigen Situation zu erreichen gewesen wäre, und mehr als das, was sich als unbedingte Notwendigkeit darstelle für jeden, der klar geblieben sei über das Verantwortungsgefühl für die Zukunft des ganzen Volkes, der deutschen Minderheiten und des deutschen Ostens. Unbegreiflich bleibe es, wenn gerade Volksvertreter aus Ostpreußen gegen die getroffenen Verhandlungen zu stimmen gedächten.

Es ging ziemlich lebhaft zu bei dieser Rede, die Rechtsgier in außergewöhnliche Erregung und Präsident Lübke hakte vollstän zu un, die Jagel strasszuhalten. Die Präsidentschloß beagte unentwegt die ertellen Ordnungsrufe. Die Stimmung im Hause blieb verworren wie die gesamte innenpolitische Lage. Weise politische Propheten nehmen an, am Dienstag werden die Young-Gesetze mit der bayerischen Regierungsmehrheit angenommen werden, kurz darauf der Finanzplan mit der Weimarer Koalition. Dann würde die Volkspartei Abschied von der Regierung nehmen unter Zurücklassung ihrer Parteigeliebten Moldenhauer und Curtius, die als Nachminister beim Kabinett einsteigen aus zuharen versuchen würden. — Später? Kabinettsturz oder Neuwahlen? Das ruht im Schoße der Götter!

### Sitzungsbericht.

(138. Sitzung.)     OB. Berlin, 10. März.  
Die zweite Lesung der Young-Gesetze wird fortgesetzt, und Abg. Scheller (Komm.) bespricht das Reichsbankgesetz. Die Sozialdemokraten seien vollkommen zurückgewichen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank verfechte die Abhängigkeit vom Finanzkapital.

### Die Not der Landwirtschaft.

Abg. Schiele (Dtn.) erklärt, die einseitige Wirtschaftspolitik und die Auslandsverschuldung hätten dazu geführt, daß wir in den letzten sechs Jahren für 17 Milliarden Lebensmittel eingeführt hätten. Die Landwirtschaft sei am Ende ihrer Kraft. Das Nettovermögen der Bodenkriegslandwirtschaft von 27 Milliarden sei auf elf Milliarden gesunken. Im Osten sei die Notlage der Landwirtschaft zu einer nationalpolitischen Gefahr geworden. Im Westen wachse das Heer der Arbeitslosen, im Osten die Entvölkerung. Das Polenabkommen sei vollkommen untragbar. Der Redner erklärte zum Schluß, daß die bisherige Verständigungs- und Handelspolitik nicht den Weg zur nationalen Freiheit eröffnet habe. Seine Partei verfolge dieser Politik ihr Vertrauen und ihre Zustimmung. Abg. Graf zu Eulenburg (Dtn.): Selten ist eine Vorlage so heftig kritisiert worden wie der Polenvertrag: wirtschaft-

mit gerechnet, daß noch vor dem Beginn der morgigen Plenar-sitzung die neuen Vereinbarungen über das Finanzprogramm pet-fert sind und bekannt gegeben werden.

### Die Haltung der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volksparteikorrespondenz erwidert die Mächtigkeits, daß das Finanzprogramm nicht zustande- komme. Es sei dann ganz ausgeschlossen, daß das Zen- trum zu den Young-Gesetzen ja sagen könne. Für die Bayerische Volkspartei würde unter solchen Umständen die Frage viel eher lauten, ob sie sich denn überhaupt noch mit ihrer bisherigen Haltung begnügen könne; gemeint ist die Stimmenthaltung, denn es sei sehr zu erwägen, ob es, rein außenpolitisch gesehen, verantwortbar werden könne, auch nur indirekt das Zustandekommen eines Ratifizierungsvotums zu begünstigen, das auf so fürchterlich schwachen Füßen stehe. Die Pa- role der Sozialdemokraten: Ratifizierung um jeden Preis, ganz gleich, wie sie zustande komme, stelle, rein außenpolitisch betrachtet, eine nicht unbedenkliche Ver- scheidungheit dar. Wenn aber die Reichsregierung eine weitere Verzögerung nicht verantworten zu können glaube, und sich außerstande sehe, mit mehr Erfolg als bisher ihrer führenden Aufgabe zu begegnen, so wäre es vielleicht besser, jetzt die Konsequenzen zu ziehen, als in ein paar Wochen. Die Bayerische Volkspartei ziehe das Risiko einer Verzögerung der Ratifizierung der Haager Gesetze einer Ratifizierung auf der schwankenden Grundlage ungeord- neter oder nur scheinbar geordneter öffentlicher Finanzen vor. Die Verhandlungen der letzten Wochen hätten auch die Erkenntnis verstärkt, wie gering die Aussichten einer den deutschen Verhältnissen angemessenen sachlichen Fi- nanzreform seien, solange so starke Rücksichten auf die Sozialdemokratie ankommen werden müßten.

Der Reichspräsident nahm einen gemeinsamen Vor- trag des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Dietrich und des deutschen Gesandten in Warschau, Kaufner, über den deutsch-polnischen Handelsvertrag ent- gegen.

liche und politische Gründe sprechen gegen seine Annahme. Das Polentum wird nur gestärkt durch diesen Vertrag. Es ist nicht verständlich, warum die Regierung mit solcher Starrheit an der Verbindung dieses Abkommens mit dem Young-Plan festhält. Wirkliche Befriedigung im Osten gibt es erst, wenn die Korridorfrage erledigt ist.

### Reichsaußenminister Dr. Curtius:

Nicht nur ein großer Teil der deutschnationalen Fraktion hat seinerzeit für die Dawes-Gesetze gestimmt, sondern die Deutschnationalen sind noch lange Zeit an der Dawes-Politik beteiligt gewesen. Gerade die jetzige Regierung hat im Gegen- satz zu früheren Regierungen im Interesse der Landwirtschaft wirklich entscheidende Fortschritte erzielt (Lärm rechts). Es darf niemals vergessen werden, daß die Krise in der Landwirtschaft nicht allein in Deutschland existiert, sondern eine Welterscheinung ist. Die Reichsregierung hat in den letzten Tagen erneut zur Lage der Landwirtschaft Stellung genommen und eingreifende Maßnahmen vorbereitet. Der Handelsvertrag mit Polen wird voraussichtlich in den nächsten Tagen parafiert werden. Für die Land- wirtschaft ist kein Anlaß vorhanden, sich über diesen Vertrag zu beklagen. Alle Sicherungen sind eingebaut, auf die die Landwirtschaft Anspruch machen kann.

Der Minister kommt nunmehr auf das polnische Liquidationsabkommen zu sprechen und sagt: Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß es sich dabei um den Schutz der Minderheiten handelt. Dieser erfordert andere Methoden, wie sie für ein reines Liquidationsabkommen möglich gewesen wären. Die aufgeworfene Frage, ob das Polenabkommen einer ver- fassungsändernden Mehrheit bedarf, hat die Reichsregierung verneint. Es ist keine Künsterei der Regierung, den Zu- sammenhang mit dem Young-Plan zu behaupten. Die diplo- matische Verbindung ergibt sich notwendig aus dem Empfehlun- gen und Beschlüssen der Pariser Sachverständigen. Mit dem Abkommen hat die Angelegenheit des abgetretenen Staatsvermögens auch nichts zu tun. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der in dieser Angelegenheit immer wieder als Zeuge benannt wird, hat in seinem Memorandum eine unrichtige Auffassung dadurch ermöglicht, indem er den entscheidenden Lebensatz der Empfehlung der Sachverständigen weggelassen hat (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Als einen besonderen Erfolg betrachtet auch die Regierung das Polenabkommen nicht; aber es wurde in der Frage der Liquidationen mehr erreicht, als nach dem Young-Plan zu erreichen gewesen wäre. Nicht alle Wünsche wurden in bezug auf das Wiederlaufsrecht erfüllt.

Weitgehende Sicherung des deutschen Besitzes in Polen ist aber gewährleistet. Was daran noch fehlt, muß zukünftigen Wirtschaftsverhandlungen vorbehalten bleiben. Diese Dinge können wesentlich gefördert werden durch eine vorsichtige Hal- tung der deutschen Minderheiten in Polen, die sich feindlicher Alte gegen den polnischen Staat nicht schuldig machen darf. (Lärm rechts.) Die polnische Agrarreform berührt die 1200 deutschen Ansiedlerfamilien nicht, aber auch für den Großbesitz sind entsprechende Zusicherungen von der polnischen Regierung gemacht worden. Der polnische Außenminister hat ausdrück- lich erklärt, keine Reaktionen deute nicht daran, die Agrar-